

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertagen. Bezugspreis für den Monat März Mark 1800.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 1800.— zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 70 Mk. = Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Remsbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postfachkonto Smitzquart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum Mk. 120.— auswärts Mk. 130.—. Reklamezeit 300 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Auslieferung werden jeweils 25 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 3 Uhr vormittags. In Konkurrenzfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Rücksichtnahme weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Wildbad.

Nummer 51

Februar 179

Wildbad, Freitag, den 2. März 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Wer zahlt das Ruhrabenteuer?

Die Ruhrkriegskosten.

Die Besatzungstruppen im Ruhrgebiet, weiße wie schwarze Franzosen, werden in deutschem Geld ausgezahlt. Bei 22 Franken Tageslohnung erhielt jeder bisher täglich 25—30 000 Mark. Diese gewaltigen Summen werden von den französischen Zahlmeistern teils durch regelrechten Ankauf deutschen Gelds teils durch räuberische „Requisitionen“ (siehe die Beschlagnahme von 12 Milliarden Reichsbanknoten in Hengsten!) beschafft und von Frankreich sozusagen vorläufig ausgeleht. Wer soll sie zuletzt wirklich bezahlen? Die französischen Soldaten erhalten neben ihrer Löhnung freie Wohnung und Kost. Wer zahlt die Wirt- und Wohnungsgeber? Wer löst die Requisitionsscheine ein, die den vergewaltigten Ladenbesitzern für die ihnen entzogenen Waren hingeworfen werden? Wer bezahlt das ganze grauenhafte Abenteuer?

Darüber hat man sich auch im britischen Unterhaus Gedanken gemacht und Premierminister Bonar Law mußte Bescheid geben auf verschiedene Anfragen der Abgeordneten, ob denn die Ruhrkriegskosten zu den Kriegsschuldigungen zu rechnen seien und welchen Platz sie auf dem Schuldenkonto einnehmen. Bonar Law hat sich sehr diplomatisch aus der Sache gezogen. Er sagte: Die Kosten der Besatzungshoheit haben den Vorrang vor den Entschädigungen. Aber durch Uebereinkommen unter den Verbündeten sind die Besatzungskosten auf gewisse festgesetzte Summen beschränkt worden. Will jemand Geld darüber hinaus ausgeben, muß er sich erst mit den andern Verbündeten verständigen. Bis jetzt ist man in der Angelegenheit der Ruhrbesetzung wegen der Bezahlung nicht an uns Engländer herantreten. — Das klingt sehr vorsichtig und neutral, hieß aber doch nichts anderes, als: Die Kosten des Ruhrkriegs sind nicht von der Gesamtheit der Verbündeten beschloffen, sie kommen also nicht vor den Entschädigungen, sondern ganz an das Ende der deutschen Zahlungen. Frankreich und Belgien werden also ihren glorreichen Ruhrfeldzug für alle absehbaren Zeiten selbst zu bezahlen haben. Diese Entscheidung Bonar Laws ist nicht etwa deutschfeindlich gemeint. Das erwartet man ja auch garnicht von dem Führer der englischen Franzosenfreunde. Immerhin verwahrt sich England schon jetzt dagegen, daß sich Frankreich für seine kriegerischen Anstrengungen an der Ruhr auf Entschädigungskonto bezahlt macht.

In Paris hat man diesen englischen Entschluß kommen sehen und so wird mit allen Mitteln der Gewalt und der Räubertechnik darauf hingearbeitet, Deutschland für die Ruhrbesetzung bluten zu lassen. Daher die Kontributionen (Geldstrafen, Steuern, Steuern), daher die Ueberfälle auf die Kassen der Reichsbank und auf die Geldtaschen der Straßenräuber. Daher auch, was man in Deutschland vielleicht noch nicht überall klar durchschaut hat, die Ausfuhrsperr für Eisen und Stahlwaren nach dem unbesetzten Deutschland, der weitere Ausfuhrsperr für andere Waren ja noch folgen sollen. Die Durchführung dieser Maßnahmen wird nämlich von den französischen Regierungsblättern dahin erläutert, daß die gesamte Ausfuhr nach dem unbesetzten Deutschland von Ausfuhrbewilligungen abhängig gemacht werden sollen. Diese Bewilligungen aber sollen das Geld einbringen, das die Besatzungstruppen im Ruhrgebiet zur weiteren Kriegsführung brauchen. Wie will man das machen? Die franz. Rechnung ist, daß die Bewilligungen über das Eisenerz- und Ausfuhramt zu leiten seien, dem noch Unterstellung in Ludwigshafen, Mainz, Köln, Aachen und Essen anzugliedern wären. Aber das Eisenerzamt ist durch den Abzug fast sämtlicher Angestellten und Beamten seit vier Wochen vollständig arbeitsunfähig. Es wurde 1921 bei Einführung der Rheinlinie für Ausfuhrkontrolle eingerichtet. Seine Einrichtung wurde schon damals nicht nur von deutscher Seite allein als völkerrechtswidrig erklärt, weil deutsche Beamte genötigt waren, gegen die Interessen ihres Vaterlands zu handeln. Heute rührt kein deutscher Beamter mehr die Hand für solche Ausfuhrbewilligungen. Die Ueberwachung müßte also jetzt von französisch-belgischen Beamten ausgeführt werden. Mit diesen arbeitet aber kein deutscher Industrieller oder Händler zusammen. Die französische Rechnung ist also falsch. Sie übersieht aber auch den Fehler, daß mit der Ausfuhrsperr die Auflösung der Ruhrwirtschaft befestigt und der finanzielle Ruin für das geldbedürftige Frankreich ausgeschlossen ist. Frankreich wird seine Ruhrkriegskosten nicht erheben bekommen, weder jetzt noch später. In Deutschland aber entsteht ein Gegenkonto gegen die französischen und belgischen Entschädigungen: nämlich alle Schädigungen der deutschen Wirtschaft durch die Ruhrbesetzung, von der Störung des Bahnverkehrs und der Verhaftung leitender Männer herab bis zum Straßenraub an Waren und Brief-

Tagespiegel

In Frankreich sind Bestrebungen im Gange, wie im Krieg die Einfuhr der Schweiz einer Ueberwachung zu unterstellen.

Die englische Regierung soll bei Frankreich ernste Vorstellungen wegen der Behinderung des englischen Handels durch die Zollsperr gemacht haben.

Unglaubliche Reichtum gegen die Bochumer Polizei.

Schwere Strafaudrohung bei Betriebsstörungen und vorzüglichem passivem Widerstand im besetzten Gebiet.

taschen. Wie diese Verluste deutscher Werte werden eines Tags von der Entschädigungsschuld Deutschlands abzuziehen sein. Es sind die deutschen Ruhrkriegskosten.

Paris, 1. März. Finanzminister Caesteys bemerkte zu der Anforderung von täglich 700 000 Franken für die Besetzung des Ruhrgebiets, die Kosten werde Deutschland erlegen müssen, da die Besatzungskosten allen anderen Entschädigungskosten vorangehen. Am 11. März 1922 wurde aber von Caesteys selbst ein Vertrag der Verbündeten unterzeichnet, daß Frankreich für Besatzungskosten insgesamt nicht mehr als 460 Millionen Mark verlangen darf.

Der Kampf um die Ruhrkohle

Die Besetzung des Ruhrgebiets findet selbst jetzt schon ihren Niederschlag im Wirtschaftsleben. Besonders Frankreich und Belgien, die die Leistung und Wiederherstellung unterbunden haben, befinden sich in einer schweren Kohlenkrise, was bisher das einzige Ergebnis des Ruhrereignisses darstellt. Die Kohlenförderung in Frankreich vermochte im Dezember mit der Nachfrage keineswegs Schritt zu halten, da nach dem französischen Bericht sich starke Hemmungen zeigten. Die Kohleneinfuhr aus England zeigte für 1922 eine Steigerung auf 14 Millionen Tonnen gegen 12,8 Millionen im Jahr 1913. Inzwischen hat sich der Bezug englischer Kohle infolge der ausgebliebenen Kohle aus dem Ruhrgebiet wesentlich erhöht, was eine Verteuerung der französischen Erzeugnisse auf der ganzen Linie zur Folge hatte. Die Lage hat sich im neuen Jahre nach der Ruhrbesetzung wesentlich verschärft. Auf dem Pariser Kohlentage, der unter dem Vorsitz Le Trocquers kürzlich abgehalten wurde, wurde die Erklärung abgegeben, daß seit der Einstellung der deutschen Kohlenlieferungen Frankreich tatsächlich unter einer Krise leide. Hierdurch sei die Erzeugung der Eisen verarbeitenden Fabriken auf ein Drittel des früheren Stands herabgedrückt worden. Das Aufkaufen englischer Kohle habe starke Preissteigerungen veranlaßt. Belgien komme als Kohlenlieferant nicht in Frage, da es mehr Kohle verbrauche als es fördere.

Diese Ergebnisse müssen selbst den Franzosen die Augen öffnen, zumal die gesamte Lebenshaltung in Frankreich teurer geworden ist. Der ergebnislose Kampf um die Ruhrkohle ließ in Frankreich den Preis von 120 Franken für die Tonne Koks vor der Ruhrbesetzung auf 300 bis 400 Franken nach der Ruhrbesetzung hinausschnellen. Frankreich muß tschechischen Koks über Oesterreich und die Schweiz beziehen, was ungeheure Transportkosten verursacht. Am meisten leiden hierunter die französischen Hochöfen. Anfang Januar waren von 221 Hochöfen 116 in Betrieb. Heute arbeiten nach zuverlässigen Nachrichten nur noch etwa 55 bis 60 Hochöfen, von denen auch schon ein Teil abgedampft wird. Auch in sozialer Hinsicht machen sich tiefgreifende Schwierigkeiten geltend, da Arbeiterentlassungen unvermeidlich geworden sind. In Belgien haben sich die Verhältnisse schon so zugespielt, daß die Führer der belgischen Schwerindustrie vor kurzem dem Ministerpräsidenten Theunis auseinanderlegten, in welche Schwierigkeiten die Industrie durch die völlige Inzulänglichkeits der Kohlenzufuhren aus Deutschland geraten sei. Die Großindustriellen betonten, daß sie früher aus Deutschland monatlich 300 000 Tonnen erhalten hätten. Diese Menge sei dann auf 200 000 Tonnen zurückgegangen und sei heute noch ganz wesentlich geringer. Gegenwärtig müsse sich die belgische Industrie mit englischer Kohle versehen, deren Preis im Hinblick auf die Volumunterschiede übermäßig hoch sei. Die Cockerillgesellschaft habe bereits ihre Hochöfen löschen müssen, und es bestehe die Befürchtung, daß zahlreiche andere Erzeuger gezwungen sein würden, das gleiche zu tun. Mit Rück-

sicht auf die außerordentlich kritische Lage der Industrie verlangten die Industrieführer vom Ministerpräsidenten, die Regierung solle die Genehmigung zu zweistündigen Ueberprüfungen im Bergbau erteilen.

Man muß bei dieser Gelegenheit auch auf die hinter Poincaré stehenden Wirtschaftskreise hinweisen, die die Ruhrbesetzung leidenschaftlich gefördert haben. Das ist das von Schneider-Creusot beherrschte Eisenkartell, das auch in der Tschechi maßgebenden Einfluß hat, und die ebenfalls von Schneider-Creusot beherrschte Pariser Unionbank, weiter das Kohlenomitee, das ehemals Laurent leitete, und die Vereinigung der chemischen Industrie unter St. Gobain. Poincaré ist wie früher auch jetzt der getreue Anwalt dieser industriellen Gruppen. Man will Kohle und Koks um jeden Preis, selbst um den Preis des europäischen Wirtschaftsfriedens.

Die im Ruhrgebiet täglich schärfer werdende Art des französischen Vorgehens gegen harmlose Bürger, gegen Polizei- und Gemeindevorstellungen sind nur ein Ausfluß der Ohnmacht auf wirtschaftlichem Gebiet. Diese Politik wird sich an Frankreich in steigendem Maß weiter rächen, wie die bisherige Entwicklung des Kampfes um die Ruhrkohle gezeigt hat. Kein Bergmann fördert Ruhrkohle für französische Rechnung, kein Transportarbeiter läßt sich finden, um Kohlen und Koks für Frankreich zu verladen, kein Eisenbahner rührt eine Hand, um auch nur eine Tonne Kohle und Koks nach Frankreich rollen zu lassen, kein Zechenbesitzer gibt sich dazu her, irgendwelches Kohlenabkommen mit Frankreich zu treffen. Das Vorspiel zum Kampf um die Ruhrkohle hat Frankreich bereits verloren; die Entscheidung liegt bei uns in guten Händen.

Frankreich und Sowjetrußland

Die Frage, ob die französische Regierung sich bemühen soll, die Beziehungen mit Sowjetrußland wieder anzuknüpfen, ist durch die Enthüllung Lardieus im „Echo National“ in Fluss gekommen. Die Behauptung, der Ministerrat habe beschloffen, eine Abordnung unter Führung des Senators de Monzie nach Rußland zu entsenden, wird eigentlich nur von amtlicher Stelle abgelehnt. In parlamentarischen Kreisen zweifelt man gar nicht daran, daß es in der Absicht der Regierung gelegen hat, den ersten Schritt der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Moskau im April halbamtlich unternehmen zu lassen. Lardieu, der ein Gegner dieses Plans ist, hat nur deshalb in seinem Blatt davon gesprochen, um diese Absichten zu durchkreuzen. Daß der Abgeordnete Herriot im vorigen Jahr seine Reise nach Moskau nicht unternommen hat, ohne vorher mit der Regierung zu verhandeln, ist sicher. Herriot hat etwas Greifbares aus Moskau nicht überbringen können. Er hat nur die Handelsleute von Nikolai Rowgorod veranlassen können, die Reise in Lyon zu besuchen. Diese Handelsleute werden in der kommenden Woche in Frankreich erwartet. Es scheint, daß man es hier mit dem ersten Versuch zu tun hat, mit den Handelskreisen in Frankreich Beziehungen anzuknüpfen. In Frankreich können derartige Schritte von Kaufleuten und Industriellen oder von Handelskammern nicht ohne Zutun der Regierung und ihrer Genehmigung durchgeführt werden. Aus diesem Grund darf man sich nicht wundern, daß jetzt ein heftiger Kampf um die Frage entbrannt ist, ob man mit den Kommunisten Verbindungen anknüpfen soll oder nicht.

Die russischen Flüchtlinge in Paris sind ehrenhafte Leute, ihr Schicksal ist beklagenswert; aber man will doch nicht, daß man ihn höhere Interessen opfere. So möchte z. B. das Blatt „Information“ zwar nicht haben, daß man mit Lenin und seinen Mitarbeitern verhandle, aber man könne auf indirektem Weg eine Annäherung herbeiführen. Man darf nicht behaupten, sagt das Blatt, daß die geschäftlichen Unternehmungen mit den Russen genügende Bürgschaft bieten, aber gerade um diese Sicherheiten zu schaffen, müsse die Regierung eingreifen. Auch andre Blätter treten warm für die Annäherung an Moskau ein. Zum Teil versucht man, Stimmung hierfür dadurch zu machen, daß man die Öffentlichkeit vor der deutschen Gefahr warnt. Man hat also in der nächsten Zukunft von der französischen Regierung irgendeinen entscheidenden Schritt zu erwarten, um mit Sowjetrußland Verhandlungen anzuknüpfen.

Des letzten Schutzes beraubt

Französische Willkürherrschaft — Der Wacher als Verbündeter. Dortmund, 1. März. Im westfälischen Einbruchsgebiet sind bis jetzt 95 Zeitungen verboten worden. Aus dem Rhein-



